

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Gerechtigkeit für die Opfer des Austrofaschismus

Nach langen Diskussionen ist ein Durchbruch in der von der SPÖ und den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen schon lange geforderten Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus gelungen. Mit großer Unterstützung durch Bundeskanzler Werner Faymann und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sowie Staatssekretär Josef Ostermayer konnte nach intensiven Gesprächen mit dem Koalitionspartner und mit Unterstützung namhafter Historiker ein großer Erfolg erzielt werden. Das Bundesministerium für Justiz wird noch in den nächsten zwei bis drei Monaten einen Gesetzesentwurf erarbeiten, der zur Rehabilitierung all jener Menschen dienen soll, die in der Periode 1933–1938 aufgrund ihrer demokratischen Gesinnung Repressionen zu erleiden hatten. Dieser Gesetzesentwurf soll noch vor der Sommerpause den Nationalrat passieren. Ziel ist es, eine möglichst große, aber eindeutig wissenschaftlich erforschte und dokumentierte Personengruppe zu rehabilitieren.

Dazu sollen gehören:

1. Die bereits auf der Basis des Opferfürsorgegesetzes 1947 mittels Opferfürsorgebescheid definierten Fälle der Jahre 1933/34–1938;
2. sämtliche Standgerichtsurteile, unter ihnen mehrere Dutzend Todesurteile (neun davon vollstreckt);
3. alle sich über einen gewissen Zeitraum erstreckenden und eindeutig politisch motivierten Anhaltungen in Wöllersdorf und anderen Lagern und Notarresten sowie andere Formen der politischen Verfolgung;

4. die Verurteilungen im Zuge der Schutzbundprozesse 1934 und 1935 sowie des großen Sozialistenprozesses 1936.

Von der Rehabilitierung ausgeschlossen bleiben alle Personen, die zwischen 1933 und 1938 Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, insbesondere der SA oder der SS. Hinsichtlich unklarer Fälle soll eine Einzelfallprüfung in Aussicht genommen werden.

Die Namen sämtlicher Rehabilitierter sollen in einem eigenen Internetauftritt veröffentlicht werden, etwaige Überlebende bzw. Nachkommen sollen dann die Möglichkeit haben, eine entsprechende schriftliche Bestätigung über die unrechtmäßige Verurteilung, Haft oder Anhaltung anzufordern und zeitnah zu erhalten.

Konstituierung einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission: Eine hochkarätige, unabhängige Historikerkommission mit Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb wird ein Forschungsprojekt über zwei Jahre starten. Unter anderem sollen offene empirische Fragen wie z. B. Inhaftierungen bei Polizei und Gerichten geklärt werden, auch müssen die Opferfürsorgebescheide erfasst und dokumentiert werden. Die wissenschaftliche Kommission soll noch vor Ende Juni, parallel zum Gesetzwerdungsprozess, etabliert werden. Staatssekretär Josef Ostermayer führte die Verhandlungen mit der ÖVP zu einem guten und erfolgreichen Ergebnis. Mitte Juli soll die endgültige Fassung des Gesetzes beschlossen werden. Damit wird das Unrecht, dass durch das Dollfuß-Schuschnigg-Regime der Widerstand der sozialdemokratischen Kämpfer oft drakonisch bestraft wurde, nach langen Jahren getilgt. ■



Zentrale Februarkundge



Es war eine beeindruckende Kundgebung, die am 11. Februar im großen Karl-Seitz-Hof in Floridsdorf stattfand. Hunderte Mitglieder der Freiheitskämpfer/innen, der Sozialistischen Jugend, der Jun-

gen Generation, der Bildungsausschüsse sowie die SPÖ-Mitglieder aus allen Bezirken, vor allem aus Floridsdorf, nahmen an dieser Gedenkveranstaltung trotz Nieselregen teil. Vor allem dominierte die Jugend,

was **Bildungsvorsitzender Ernst Woller** besonders hervorhob, und er begrüßte auch viele sozialdemokratische Mandatäre aus dem Wiener Gemeinderat und dem Nationalrat.

Die **Vertreterin der Sozialistischen Jugend, Marina Hanke**, stv. Vorsitzende der SJ Wien, leitete die Kundgebung mit einem eloquenten Statement ein. Für die Sozialistische Jugend von heute bleiben die Schutzbündler Verteidiger der Republik und Kämpfer gegen den Faschismus und für die Demokratie.

Für den Bund der Freiheitskämpfer/innen sagte **Ernst Nedwed**: „77 Jahre nach dem Verteidigungskampf von Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes, die spontan zur Rettung der Verfassung sowie zur Verteidigung von Arbeitereigentum an sozialdemokrati-

schen Einrichtungen im Februar 1934 zu den Waffen gegriffen haben, ist bislang noch keine Rehabilitierung der von Standgerichten und Gerichten des austrofaschistischen Ständestaates Verurteilten erfolgt. Es muss Schluss damit sein, dass die Verteidiger der demokratischen Republik, die ihr Leben eingesetzt haben, weiterhin als Kriminelle gelten. Orientieren soll man sich hierbei an der bereits erfolgten Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz. Dies ist angesichts dessen, dass diese Forderung schon eine längere Zeit existiert, eine Aufforderung an alle Parteien des österreichischen Nationalrates, in dieser Frage aktiv zu werden.“

Landespartei-vorsitzender Bürgermeister Häupl sagte in seiner Rede: „Das Gedenken an die Opfer des 12. Februar ist





bung in Wien Floridsdorf

keine Asche, es ist Glut, es ist Feuer! Unsere Aufgabe ist es, diesen Geist lebend zu halten und dafür zu sorgen, dass sich die Gerechtigkeit in der Gesellschaft durchsetzt. Das Lösen der sozialen Frage ist daher auch heute die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Es kann nicht sein, dass die neoliberalen Kräfte nach der Wirtschaftskrise so weitermachen, als ob nichts geschehen wäre. Wir müssen darauf hinweisen, wer die Verantwortung für diese Krise trägt. Wir müssen sagen: Jetzt ist Schluss! Her mit der Transaktionssteuer, her mit einer internationalen Kontrolle der Finanzmärkte!“ Neoliberalismus ist der Nährboden für Faschismus, denn er sei verantwortlich für die Verarmung der Massen. Überall dort, wo die soziale Frage nicht gelöst werde, komme es zur Machtübernahme autoritärer Strukturen, wie man nicht nur am Beispiel Ungarn erkennen könne. „Das ist nichts Neues, das kommt mir nicht so unbekannt vor. Auch wir haben heute die Aufgabe, soziale Probleme konsequent zu lösen“, so Michael Häupl.

Der Vorsitzende der SPÖ Floridsdorf, **Wohnbaustadtrat Michael Ludwig**, unterstrich, wie wichtig es ist, rechtsextremen Tendenzen entgegenzutreten. Er dankte Bürgermeister Häupl, dass dieser eine Koalition mit der FPÖ von Anfang an ausgeschlossen hatte. Eine Parallele zu 1934 sei, dass Wien mit Michael Häupl auch heute einen so starken sozialdemokratischen Bürgermeister habe wie damals mit Karl Seitz.

Die Februarkämpfer sind in Europa als Erste gegen den Faschismus aufgetreten. Es waren Menschen, die mit ihrem Leben für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gekämpft haben. Die SPÖ trete daher für die Re-



habilitierung der Opfer des Austrofaschismus ein.

Ludwig erwähnte, dass die Februarkundgebungen an den Kampfstätten bereits zum zwanzigsten Male stattfinden, und er dankte abschließend den Mitgestaltern der Veranstaltung, der Musikgruppe Morgenrot, den Arbeitersängern Favoriten und vor allem jenen, die diese jährliche Kundgebung tragen, den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen/n, den Jugendorganisationen und vor allem der Bildungsorganisation.

Die Kundgebung endete mit einer Kranzniederlegung, mit dem „Lied der Arbeit“ und der „Internationale“.

Schon am Tage vor der Kundgebung legte eine Delegation der Freiheitskämpfer/innen Kränze bei den Opfergräbern und beim Schutzbunddenkmal nieder (Bild oben v.l.n.r.: A. Kohlbacher, P. Lhotzky, T. Maier, J. Aufrechtig, E. Zeman, E. Jaritz).



Marina Hanke, stv. Landesvorsitzende der SJ



Krems gedachte Koloman Wallischs



Die vor einem Jahr gegründete Bezirksgruppe Krems des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en veranstaltete gemeinsam mit der SPÖ-Stadt- und

-Bezirksorganisation sowie mit der Sozialistischen Jugend eine feierliche Gedenkstunde.

Nach einer Kranzniederlegung am 2004 enthüllten Denkmal für Koloman Wallisch, den am 19. Februar 1934 von den Aus-

trofaschisten unter Dollfuß hingerichteten SPÖ-Nationalratsabgeordneten aus der Steiermark, fand im KS/Kultur-Sozial-Zentrum Volkshaus Krems-Lerchenfeld eine sehr gut besuchte Gedenkveranstaltung statt.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden der Freiheitskämpfer/innen, Mag. Klaus Bergmaier, referierte Abg. z. NR Ewald Sacher über Adolf Laser, den Kremser SP-Abgeordneten aus der Ersten Republik, und dessen Erinnerungen an den Februar 1934. Der Kremser Vizebürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch hielt ein profundes und vielbeachtetes Referat über den wichtigen und oft unterschätzten Grundwert der Freiheit. Ein neuer Kurzfilm über Bruno Kreisky und von Angelika Sacher und Klaus Bergmaier vorgetragene Arbeiterlieder rundeten das Programm ab.

Die Grußworte der Bundes- und Landesorganisation unseres Bundes überbrachte der geschäftsführende NÖ-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Harald Ludwig. ■

1934-Gedenken in Kärnten

Nach einer Kranzniederlegung am Mahnmahl Klagenfurt-Annabichl begrüßte LV Prof. Vinzenz Jobst die zahlreichen Teilnehmer. Danach erinnerte SPÖ-Landesparteivorsitzender LH-Stv. Peter Kaiser: „Die Geschichte ist ein Lehrmeister für die Zukunft. Nur wer die Vergangenheit bewältigen kann, ohne sie in die Vergessenheit zu drängen, kann die Zukunft besser meistern.“ Peter Kaiser gab zum 77. Gedenktag des 12. Februar 1934 zu bedenken, dass an diesem Tag das Dollfuß-Regime mit Waffengewalt gegen den Republikanischen Schutzbund und die Sozialdemokratie vorging. Dessen gedenkt die SPÖ Kärnten Jahr für Jahr. Kaiser: „An diesem Tag wurde vom Austrofaschismus die Demokratie in Österreich mit Waf-

fengewalt ausgelöscht, die Sozialdemokratie verboten, der Ständestaat errichtet und damit indirekt der Weg zur Übernahme Österreichs durch Hitler-Deutschland geebnet.“

Auf Anordnung der Regierung Dollfuß wurde 15 Abgeordneten der SPÖ im Kärntner Landtag ihr Mandat entgegen allen verfassungsmäßigen Grundsätzen aberkannt.

„Die Lehre, die sich aus der Geschichte ergibt, ist jene, dass der soziale Friede im Land der wichtigste Faktor für innenpolitische Stabilität sei und aktive Sozialpolitik, gesicherte Arbeitsplätze und eine Grundversorgung aller Menschen die Schwerpunkte einer an den Interessen der Menschen orientierten Politik sein müssten“, resümierte LH-Stv. Peter Kaiser. ■

OÖ: Abschied von Walter Prieschl

Er starb am 28. Jänner 2011 im 85. Lebensjahr. Schon in seiner Jugend hatte er politische Schwierigkeiten, weil er der Sohn eines engagierten roten Eisenbahners war. Die Befreiung vom Nazi-Faschismus erlebte er in einem Lazarett in Linz.

Als Lehrer und später als Hauptschuldirektor war ihm die Ausbildung junger Menschen ein ganz großes Anliegen. Von seiner antifaschistischen Grundeinstellung kam er zu den Freiheitskämpfern. Als ihn Peter Weidner fragte, ob er helfen könne, war seine Antwort: „Wo ihr mich braucht, bin ich für euch da.“ Als Landeskassier war es für ihn eine wichtige Aufgabe, den Landesverband organisatorisch zu reformieren.

Schon im Jahr 2005 wurde ihm die Otto-Bauer-Plakette überreicht. 2007 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Peter Weidner verabschiedete sich von dem engagierten Sozialdemokraten und Antifaschisten bei der Trauerfeier im Urnenhain Linz-Urfahr. ■





Holzleithen: Mahnmal Februaropfer

Der 12. Februar sollte noch heute die Österreicher an eine gar nicht so lang zurückliegende Zeit erinnern, als ein von diversen konservativen Kreisen bis dato als „Heldenkanzler“ apostrophierter Despot die Mindeststandards einer Demokratie außer Kraft setzte und die Arbeiterschaft dagegen Widerstand leistete. Wieso Holzleithen und nicht Linz, Steyr oder andere Kampfgebiete? Die Frage ist leicht zu beantworten. Gerade in Holzleithen zeigte sich die menschenverachtende, zynische Gewalt der damals Herrschenden.

Nach mörderischen Verteidigungskämpfen kam es zur Einnahme des Arbeiterheimes durch die „Staatsmacht“. Dabei spielte das Berufsheer dank seiner Struktur – eine Masse willfähriger Befehlsempfänger, welche ungeprüft und robotergleich Aufträge ausführt – die entscheidende Rolle. Die darauf folgenden Ereignisse lassen erahnen, welchen menschenverachtenden Weg Mitglieder dik-

tatorischer Regimes zu gehen bereit waren. Mit dem Ausruf „Standrecht ist, stellt sie an die Wand!“ wurden selbst die letzten Rechte, nämlich das „Recht“ auf ein Standgericht, außer Kraft gesetzt. Sechs Arbeiter wurden auf die Bühne des Festsalles ihres von ihnen selbst in der Freizeit errichteten Arbeiterheimes getrieben, und ein Erschießungskommando vollbrachte sein verbrecherisches Werk. Andreas Kropatschek, Franz Holzinger, Josef Schmied und Anton Zaribnicky starben im Kugelhagel, zwei Arbeiter, Josef Zaribnicky und Josef Hamming, blieben schwer verletzt zurück.

Die Täter kamen ungeschoren davon! Auch nach dem Krieg – Mord verjährt nicht – wurden, vermutlich aus Gründen der sich verbreitenden Idee der geteilten Schuld und des Fraternisierens mit den Faschisten der Vergangenheit, keinerlei Maßnahmen ergriffen, diese Schandtat juristisch aufzuarbeiten.

Die Urteile gegen die Arbeiter, gefällt in einer faschistischen

Diktatur, wurden allerdings bis zum heutigen Tage nicht aufgehoben. Der diabolische Geist, welcher sich hier ausbreitete, sollte nur wenige Jahre später mitverantwortlich dafür sein, dass das Erschießen von hunderten Menschen zum Standardrepertoire verschiedener nationalsozialistischer militärischer Einheiten gehörte.

Warum aber gerade jetzt Holzleithen? Das sich bereits jetzt in privater Hand befindliche Arbeiterheim soll bald wieder an einen Privaten verkauft werden. Was ein neuer Besitzer nach dem Kauf mit diesem Objekt plant, ist derzeit nicht absehbar. Um auch in Zukunft eine Gedenkstätte, unabhängig von der Entwicklung des ehemaligen Arbeiterheimes, zu haben, entschloss sich die Bezirkspartei Vöcklabruck zur Errichtung eines Mahnmals unterhalb des Arbeiterheimes. Hervorzuheben ist neben der geleisteten Unterstützung unseres Bundes (allen voran die unserer Genossen Ernst Nedwed und Peter Weidner) das Engagement der

Bezirksgeschäftsführerin Waltraud Nigl, des Bezirksparteivorsitzenden Helmut Kapeller und vor allem des Landespartei- und Landesvorsitzenden Josef Ackerl.

Landespartei- und Landesvorsitzende unseres Bundes, Peter Weidner, enthüllten gemeinsam das Mahnmal. Ackerl wies in seiner Rede darauf hin, dass dieses Mahnmal dem Gedenken an jene Menschen, die zur Verteidigung demokratischer Rechte ihr Leben ließen, dient und gleichzeitig Mahnung an gegenwärtige und zukünftige Generationen ist, demokratische Rechte zu schützen.

Abschließend wurde Maria Mair, der bald 90-jährigen Tochter des am 12. Februar 1934 erschossenen Schutzbündlers Josef Skrabal, von Josef Ackerl eine schriftliche Urkunde mit folgendem Inhalt feierlich übergeben:

„ERKLÄRUNG. Die SPÖ-Bezirksorganisation Ried im Innkreis und SPÖ-Ortsorganisation Eberschwang verpflichten sich, die Grabstätte der drei von den Austrofaschisten im Februar 1934 erschossenen Genossen Johann Lobmeier, Josef Skrabal und Josef Zeilinger in Eberschwang als Ehrenmahnmal für die geschichtsinteressierten Nachgeborenen und unsere Partei zu erhalten und zu pflegen. Wir versichern Frau Maria Mair, der Tochter des erschossenen Josef Skrabal, alles zu unternehmen, dass diese Grabstätte unverändert erhalten bleibt und angesichts der historischen Vorkommnisse im Besonderen nicht nachträglich (zum Beispiel christliche) Symbole angebracht werden.“

Unterschrieben haben diese Urkunde (mit dem Bild des Grabes) die Genossen Josef Ackerl, Josef Bleckenwegner, Martin Bögl und Christian Makor. ■

Dieter Strobel





Plus 39,5 % Zunahme der Strafanzeigen wegen NS-Wiederbetätigung

Die aktuelle Antwort der Justizministerin auf meine Parlamentarische Anfrage zum ‚Verbotsgesetz 1947 – Anzeigen und strafgerichtliche Erledigungen 2010‘ (Parlamentarische Anfrage J 7157/XXIV. GP) zeigt die Probleme der Rechtsprechung deutlich auf“, so SPÖ-Abgeordneter und Mitglied des Kuratoriums des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus Johann Maier am Donnerstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Mit 741 Strafanzeigen ist im Vorjahr die Zahl der Anzeigen an die Staatsanwaltschaften wegen Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung massiv angestiegen (2009: 531), das bedeutet eine Steigerung von 39,5 Prozent. 2010 sind exakt 153 Fälle zur Anklage gelangt (2009: 104; 2008: 17). Die Zahl jener Personen, die 2009 und 2010 wegen Verstößen gegen das „NS-Verbotsgesetz“ verurteilt wurden, sind in den beiden letzten Jahren etwa gleich geblieben, jedoch die mit Abstand höchsten seit über zehn Jahren. Waren etwa 1998 nur 11 Schuldsprüche gefällt worden, 2008 schon 34 und 2010 immerhin 45, so bedeuteten 46 rechtskräftige Verurteilungen im vorletzten Jahr überhaupt den Höchstwert. 2010 wurden in fünf Fällen unbedingte, in 27 Fällen bedingte und in sechs Fällen teilbedingte Freiheitsstrafen verhängt, in sechs Fällen

Geld- und Freiheitsstrafen und in einem Fall ein Schuldspruch unter Vorbehalt der Strafe. 244 Verfahren wurden 2010 abgebrochen und 78 Verfahren auf sonstige Weise beendet (2009: 38/35). „Nachdenklich stimmt wieder die hohe Anzahl der Verfahrenseinstellungen“, so Maier. Diese haben von 343 (2008) auf 619 (2009) und im Jahr 2010 auf 640 zugenommen. Maier fordert in dem Zusammenhang, dass hinkünftig Begründungen zu Einstellungen vorliegen müssen. „Bisher kennen wir die Begründungen nicht, das muss geändert werden“, betonte Maier. Die zunehmende Anwendung der Diversion bei diesen Delikten mit 36 Fällen wird von SPÖ-Abgeordnetem Maier grundsätzlich begrüßt (2009: 36 Fälle). „Ich begrüße es außerordentlich, dass gemeinnützige Leistungen vorgeschrieben oder die Teilnahme an Kursen zum Thema ‚Nationalsozialismus‘ angeordnet werden. Maier betont, dass verpflichtende Informationen und Aufklärung durch Diversionsmaßnahmen langfristig mehr bringen als eine bloße rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung, beispielsweise zu einer bedingten Geldstrafe. Zu Recht gibt es öffentliche Kritik an den schleppenden Neonazi-Verfahren. So wurden am 20. August 2009 die NVP (Nationale Volkspartei) und die Bürgerliste „Die Bunten“ von den zuständigen Behörden von Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen

ausgeschlossen und wegen Wiederbetätigung angezeigt. Die Strafverfolgungsbehörden haben aber immer noch keine abschließenden Ergebnisse erzielt. „Diese lasche Vorgehensweise der Justiz stellt ein Problem für die Demokratie und den Rechtsstaat dar“, so Maier. Besonders erschreckend sei die massive Zunahme von rechtsradikaler Hetze gegen Ausländer, Roma und Juden. Der SPÖ-Abgeordnete sieht daher gerade im Bereich der Verhetzung insbesondere übers Internet eine zunehmende Gefahr und fordert in diesem Zusammenhang Justizministerin Bandion-Ortner auf, die bedauerlicherweise grundsätzlich aber keinen Bedarf sieht, die vorsätzliche Verbreitung von rassistischem oder fremdenfeindlichem Material über Computersysteme oder Internet ausdrücklich unter Strafe zu stellen. „Vor allem rechtsextreme Aktivitäten haben sich zunehmend in das Web 2.0 verlagert, bei deutschsprachigen Websites wurde im Jahr 2009 ein neuer Höchststand dokumentiert“, erklärt Maier. In dem Zusammenhang unterstreicht der SPÖ-Abgeordnete erneut die Aufforderung an den FPÖ-Abgeordneten Königshofer, zurückzutreten. „Es ist unerträglich und einer Demokratie unwürdig, wenn Parlamentarier auf ihrer persönlichen Homepage mit verhetzendem, braunem Gedankengut sympathisieren. Königshofer muss sofort zurücktreten.“ ■

Hakenkreuz-Handel in Mauthausen

Hermann H. und Adam S. sind beide überzeugte Antifaschisten. Sensibilisiert von Meldungen über NS-Devotionalien, die – wie im KURIER berichtet – ungeniert auf dem Linzer Raritäten-Flohmarkt zum Verkauf angeboten wurden, beschlossen sie, auch den Flohmarkt in Mauthausen zu inspizieren. Dieser findet dort meist an Sonntagen auf dem Parkplatz des Eurospar-Marktes statt. Zu ihrem großen Erstaunen wurden H. und S. bereits beim zweiten Stand fündig. „Wir haben einen gläsernen Briefbeschwerer samt Hakenkreuz gefunden“, betont H. Unter einem Vorwand händigte ihnen der Händler seine Visitenkarte aus. Dessen Kennzeichen notierten sich die Antifaschisten heimlich. S. schoss unbemerkt ein Beweisfoto.

Ein Stück weiter verkaufte ein Mann große Mengen der bei Neonazis beliebten Zeitschrift „Der Landser“. „Er hat uns auch ein Besteckmesser gezeigt, auf dem SS-Runen eingraviert waren“, erklärt H. Auch von ihm bekamen sie eine Visitenkarte überreicht. „Er meinte, er vertraut uns, dass wir keine Anzeige erstatten.“ Der Händler versuchte die beiden damit zu ködern, dass er noch etliche andere Gegenstände aus der Nazi-Zeit besitze und demnächst wieder NS-Abzeichen bekomme.

An einem weiteren Stand verkaufte eine Dame aus dem Bezirk Amstetten Orden, die u. a. mit Hakenkreuz und Reichsadler verziert waren. Bei der Polizei erstatteten die beiden Anzeige nach dem Abzeichen- und Verbotsgesetz. Der diensthabende Beamte habe zugesichert, der Sache nachzugehen und eine Zivilstreife zum Flohmarkt zu schicken.

„Der Vorfall in Mauthausen beweist, dass Linz kein Einzelfall war und ähnlich demokratiefeindliche Propaganda auf mehreren Flohmärkten verbreitet wird“, kritisiert Robert Eiter, Sprecher des oö. Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Er appelliert an Behörden und Flohmarktbetreiber, einschlägige Gesetzesverstöße künftig verstärkt zu ahnden.



Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Dresden wehrt sich

Seit einigen Jahren nutzen Neonazis und Altnazis das Gedenken an die Bombenopfer in Dresden, um einen Sternmarsch durch Dresden zu veranstalten.

Angeblich um zu gedenken und vor allem, um darauf aufmerksam zu machen, dass in ihren Augen keinerlei Grund für die Bombardierung vorgelegen hat. Veranstalter dieser mehr als seltsamen Veranstaltung sind neben der NPD diverse Landsmannschaften.

Seit einigen Jahren wächst der Widerstand gegen diese „Ver-einnahmung durch die extreme Rechte“ in der Dresdner Bevölkerung. Nach anfänglichem Zusammenschluss diverser kirchlicher und antifaschistischer Kräfte sind jetzt auch große Teile des demokratischen politischen Sektors in das Bündnis „Dresden Nazifrei“ eingebunden, z. B. die Linke, die SPD, die Jusos, Gewerkschaften und die Grünen und natürlich auch

die Kommunistische Partei Deutschlands.

Und nicht nur innerhalb Deutschlands wächst der Widerstand! Ebenso wie die Nazis europaweit mobilisieren – 2011 wurden anhand von Bekleidungsstücken (Fanshals) einige Anhänger eines Linzer Fußballklubs ausgemacht –, wird auch von der Linken erfolgreich europaweit mobilisiert.

Im Februar 2010 gelang es erstmalig, durch vorwiegend friedliche Blockaden den Marsch der Faschisten und Neofaschisten zu verhindern.

Als 2011 der Aufruf kam, unsere deutschen Nachbarn zu unterstützen, war es für ca. 200 Antifaschist/inn/en aus Österreich keine Frage – wir sind dabei! Kein Fußbreit den Nazis!

Am Vortag der Kundgebung wurde folgende Entscheidung des Landgerichts Dresden bekannt: „Die Exekutive habe den Marsch der Faschisten auch gegen Widerstand durchzusetzen.“

Nach der Busfahrt und einer kurzen Nacht in einer Dresdner Turnhalle (organisiert und ermöglicht durch die ÖH) waren wir bereits um 6.30 Uhr Richtung Treffpunkt 1 unterwegs, um vor den Polizeiblockaden zu einem der offiziellen Blockadepunkte zu gelangen.

Auffällig war neben dem eskalierenden Polizeiaufgebot und unerfreulichen Übergriffen einzelner oder vieler Polizeikräfte auf überwiegend friedliche Gegendemonstrant/inn/en die Solidarität großer Teile der Dresdner Bevölkerung!

Durch zahlreiche Sitzblockaden – die teilweise recht grob durch die Exekutive aufgelöst wurden – und durch verschiedene zentrale und dezentrale Aktionen bis in die späten Abendstunden gelang es dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ trotz einiger „Unerfreulichkeiten“ seitens der Staatsmacht (z. B.: Durchsuchung der Büros, Verhaftungen, 200 verletzte Ge-

gendemonstrant/inn/en, Brandanschlag auf linkes Wohnprojekt) auch heuer wieder, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern.

Auch als die Teilnehmer/innen des (Neo)Naziaufmarsches nach Leipzig auswichen, konnten sie dort aufgrund schnell und effektiv organisierter Gegenproteste den Bahnhof nicht verlassen.

Nach polizeilichen Schätzungen waren ungefähr 1.000 Ewiggestrige in Dresden, die von zirka 23.000 Menschen blockiert wurden.

Mein Dank gilt allen jenen, die 2011 trotz aller Widrigkeiten den ganzen Tag unterwegs waren, um sich friedlich für Demokratie und gegen Faschismus einzusetzen.

Sollte es nächstes Jahr wieder notwendig sein, gegen Ewiggestrige auf die Straße zu gehen, bin ich gerne wieder dabei und hoffe, dass wir noch mehr werden!

Petra Doppermann

Polnische Dokumentation: „Errettet aus Mauthausen“

Am 23. März 2011 wurde von DDR. Barbara Glück, Abteilungsleiterin im Innenministerium, Przemyslaw Sypniewski, Vorstandssekretär der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, und Stanislaw Zalewski, dem Vorsitzenden des Polnischen Verbandes ehemaliger politischer Häftlinge von NS-Gefängnissen und Konzentrationslagern, das Buch „ERRETTET AUS MAUTHAUSEN“ vorgestellt. In der Einladung zur Buchpräsentation heißt es:

„Errettet aus Mauthausen‘ ist eine Sammlung von Stimmen von Menschen, die eine individuelle und gleichzeitig kollektive

Extremerfahrung durchlebten: ein NS-Konzentrationslager. Die Grundlage des Buches bilden Videoaufnahmen, die im Rahmen des internationalen Survivors Documentation Project aufgezeichnet wurden, das in Polen vom Zentrum KARTA durchgeführt wurde. Die deutschsprachige Fassung des Buches entstand dank der Unterstützung der Stiftung ‚Polnisch-Deutsche Aussöhnung‘.

Mauthausen gehörte zu den Konzentrationslagern, die noch vor Kriegsausbruch zur Absonderung ‚politischer Gegner‘ des Dritten Reiches eingerichtet worden wa-

ren. Das Lager wurde, zusammen mit seinem im Frühjahr 1940 eingerichteten größten Außenlager Gusen, als Konzentrationslager der Stufe III klassifiziert – mit den schwersten Haftbedingungen und den geringsten Überlebenschancen. 200.000 Menschen verschiedener Nationalitäten kamen in das Lagersystem Mauthausen. Die Polen stellten die größte Opfergruppe dar. Nicht einmal die Hälfte überlebte das Lager.

Über 100 ehemalige Häftlinge berichten von ihren Erlebnissen und beleuchten das Lagerleben aus verschiedenen Perspektiven. Sie gewähren der Leserschaft

auch Einblicke in ihr Leben vor und nach dem Krieg. So werden im Buch die einzelnen Menschen gezeigt, die ganz unterschiedlich mit dem Trauma der damaligen Zeit umgehen. Die Berichte der Gefangenen zeigen, wie sie in jeder noch so extremen Situation Menschen geblieben sind. Ihr Zeugnis ist für sich genommen ein Triumph des Menschen und des Lebens.“

Über die polnischen Opfer im NS-Konzentrationslager Mauthausen und über den polnischen Widerstand wird am 7. Mai 2011 eine Ausstellung im Besucherzentrum Mauthausen eröffnet.



Sozialistenprozess 1936: „Nur freie Bürger werden für ihr Land kämpfen!“



Polizeifoto 1935

Foto: Rudolf Semotan

Nach der Blutjustiz der Standgerichte im Lauf der Kämpfe des Jahres 1934 begannen zahlreiche Prozesse gegen Februarkämpfer und sozialdemokratische Funktionäre. Zumeist endeten sie mit Kerkerstrafen, viele wurden ohne Gerichtsverfahren in die Anhaltelager eingewiesen. Obwohl die austrofaschistische Regierung nach dem Nazi-Putschversuch im Juli und der Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im demokratischen Ausland kritisiert wurde, wie brutal und politisch falsch die Ausschaltung der Linken war, schritt die Regierung Schuschnigg zum sogenannten Schutzbundprozess, mit dem die Schuld der Linken am Bürgerkrieg bewiesen werden sollte. Die Schutzbundführer, mit Major Alexander Eifler und seinem Stellvertreter Rudolf Löw an der Spitze, sowie 18 weitere wurden 1935 wegen Hochverrats angeklagt.

Die Beweislage der Anklage, die behauptete, Otto Bauer habe den Beschluss zum Aufstand durchgesetzt, war dürrig. Die Gewalttätigkeit der Heimwehr schon 1929 wurde vom Gericht ignoriert. Als ein Anwalt der Angeklagten in seinem Plädoyer sagte: „Die Hochverräter standen auf der anderen Seite der Barrikaden“, erhielt er eine Ordnungsstrafe. Trotz der fehlenden Beweise erhielten die Angeklagten drakonische Strafen, Eifler mit 18, Löw mit 15 Jahren Kerker. Die ausländische Presse bezeichnete den Prozess als Farce und völlig unangemessen.

Das hielt das Regime nicht davon ab, 1936 einen Schauprozess einzuleiten, der als „Sozialistenprozess“ blamabel für die Ankläger ausging. Im März 1936 wurden 28 Sozialdemokraten und zwei Kommunisten wegen Hochverrats angeklagt. Deren „hochverräterische“ Handlung war, dass sie, durch das Verbot

der SDAP in die Illegalität gedrängt, am Silvestertag 1934 zu einer Konferenz mit Otto Bauer nach Brünn gefahren waren. Ein Spitzel verriet dies der Polizei. Nach Wien zurückgekehrt, erfolgte ihre Festnahme unter dramatischen Umständen: bei einem Treffen in einer Meidlinger Gemeindewohnung. Kriminalbeamte, die sich im Haus versteckt hatten, stürmten mit gezogenen Pistolen eine Wohnung, in der Karl Hans Sailer, Obmann der „Revolutionären Sozialisten“, mit Gesinnungsgenossen wie Roman Felleis, den Kommunisten Fürnberg und Honner zusammengekommen war.

Sie alle, zusammen mit der Wohnungsinhaberin, wurden festgenommen und 14 Monate lang eingesperrt. Schließlich saßen sie im Gefängnis des Landesgerichts, und nur den beiden Kommunisten, die nach Wöllersdorf gebracht wurden, gelang die Flucht nach Moskau.

Die demokratische Weltöffentlichkeit zeigte sich besorgt, wurde doch bekannt, dass zumindest den „Rädelsführern“ Karl Hans Sailer und Maria Emhart laut Anklage die Todesstrafe drohte. Bei der Verlesung der Anklage erhoben die Angeklagten die Faust als „Freiheitsgruß“. „Die hat die Haft nicht gebrochen“, vermerkte eine ausländische Zeitung.

Schon zu einem Höhepunkt am ersten Verhandlungstag wurde die Rede des damals 25-jährigen Jugendvertrauensmanns und Studenten Bruno Kreisky. Einleitend bekannte er, vom Vorsitzenden immer wieder mit Einwüfen, „das gehört nicht zur Sache“, unterbrochen (etwa bei Hinweisen auf die Zensur oder auf Mussolini), nach wie vor Sozialist zu sein.

„Wir haben in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Idee zu vertreten – ihre Vertreter wandern in den Kerker“, sagte er. „Man gebe uns das,

was die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs und anderer Länder als selbstverständliches Recht hat: die Freiheit der Idee – und es wird keine illegale sozialistische Bewegung geben!“

In einem fast prophetischen Schluss, unter Hinweis auf die Notlage des kleinen Österreich und seines Systems, dem die Zustimmung des Volkes fehle, sagte Kreisky: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Bauern mit den Arbeitern für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte zusammenschließen; die Rückkehr zur Demokratie muss nicht eine Folge blutiger Kämpfe sein. Es ist auch möglich, dass die Regierung in einem ernstesten Moment die breiten Massen des Landes zur Verteidigung der Grenzen aufrufen muss. Aber nur ein demokratisches Österreich wird dieses Volksaufgebot zustande bringen. Nur freie Bürger werden gegen Knebelung kämpfen!“

Die Rede des jungen Kreisky fand auch in der internationalen Presse Beachtung. Schließlich erfolgten am 24. März in Relation zu den harten Drohungen der Anklage milde Urteile: Sailer bekam 20, Emhart 18, Felleis 16 und Kreisky 12 Monate schweren Kerkers, die übrigen Angeklagten nur einfache Kerkerstrafen oder sogar Freisprüche.

Die konservative „Basler National-Zeitung“ zog das Resümee: „Die wirkliche Schuld dieser 30 Revolutionären Sozialisten besteht in der Tatsache, dass sie nicht von einem Tag auf den anderen Verräter an den Ideen geworden waren, die sie bis jetzt gehabt hatten ... Die Treue zu ihren Überzeugungen stand im offenen Gegensatz zu den zweifelhaften Methoden einer Polizeimaschine, die mit Spitzeln und Provokateuren arbeitet, wie das hier der Fall war.“ ■

Manfred Scheuch

Erinnerung an Leo Mistingner



Vor zehn Jahren verstarb am 3. April 2001 unser ehemaliger Bundesvorsitzender Leo Mistingner im Alter von 97 Jahren. Zwei Jahre vorher haben wir ihn bei einer großen Veranstaltung anlässlich seines 95. Geburtstages gefeiert.

Leo Mistingner war bis zu seinen letzten Tagen aktiv und bei allen Sitzungen und Aktionen dabei. Leo Mistingner, Landtagsabgeordneter, Bezirksvorsteher und Abgeordneter zum Nationalrat, wurde nach dem Tod von Josef Hindels im Februar 1990 zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er blieb in dieser Funktion nur drei Jahre, aber er konnte in dieser Zeit viele Reformen im Bereich der Freiheitskämpfer realisieren.

Leo Mistingner war schon als Kind Austräger der Arbeiter-Zeitung, später war er ein aktiver Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend. In dieser Funktion arbeitete er eng mit dem populären Abgeordneten August Forstner, der Leo Mistingner förderte, zusammen. In der SAJ kam er mit Bruno Kreisky, Karl Czernetz und vor allem mit seiner späteren Frau, Paula Mraz, in Kontakt. Er war 1929 als Betriebsrat und als Jugendredner

aktiv und war Mitorganisator des Internationalen Jugendtreffens in Wien. 1934 war er auf einem verlorenen Posten, weil der Kreis West durch einen Schutzbundkommandanten an die Polizei verateten worden war. Dadurch waren die Waffendepots des Schutzbundes bereits vor dem 12. Februar von der austrofaschistischen Polizei besetzt. Als Funktionär der Revolutionären Sozialisten wurde er 1935 verhaftet. In diese Zeit fällt auch der tragische Verlust seiner Frau Paula Mraz-Mistingner, die im engsten Kontakt mit Otto Bauers Auslandsbüro den Vertrieb der illegalen Arbeiter-Zeitung organisierte. Sie starb, weil sie durch die illegale Arbeit gehindert war, sich einer Spitalsbehandlung zu unterziehen.

In der NS-Zeit wurde er von der Gestapo beobachtet und schließlich wegen der Hilfe für österreichische Fallschirmspringer aus der Sowjetunion verhaftet und in das KZ Flossenbürg deportiert. Dort wurde er auch Zwangsarbeiter in einem Rüstungsbetrieb. Das rettete ihm das Leben.

Nach 1945 widmete er sich sofort dem Aufbau der SPÖ im 15. Bezirk und wurde im November 1945 in

den Wiener Gemeinderat gewählt. 1946 organisierte er Jugendlager in der Umgebung Wiens, damit die Jugend nicht Hunger leiden musste. Dann widmete er sich der Aktion „Jugend am Werk“, die den jugendlichen Arbeit und Lehrstellen vermittelte.

Er kümmerte sich aber auch um die neu gegründete Sozialistische Jugend und war den neuen Funktionären Vorbild und Lehrer. Später wurde er als Bezirksvorsteher in Rudolfsheim-Fünfhaus gewählt, im Jahr 1968 übersiedelte er in den Nationalrat. Höhepunkt seines Lebenswerkes war die Ernennung zum „Bürger der Stadt Wien“.

In den 1990er Jahren arbeitete er als schon 80- und 90-Jähriger bei den Freiheitskämpfern mit. Er war immer voll engagiert bis in seine letzten Tage.

Leo Mistingner wird uns allen als ein aufrechter Sozialist, Antifaschist und als Kämpfer für eine bessere Welt in Erinnerung bleiben.

Ernst Nedwed

Lagergemeinschaft Flossenbürg gegründet

In Zusammenhang mit der Gedenkfahrt in die ehemaligen NS-Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg und in Erinnerung an einen prominenten Insassen von Flossenbürg, Leo Mistingner, der Anfang der 1990er Jahre Vorsitzender der Freiheitskämpfer gewesen ist, wurde von Angehörigen von Leo Mistingner, von seinen Mitarbeitern bei den Freiheitskämpfern und von Bezirksräten aus seinem Heimatbezirk Rudolfsheim-Fünfhaus die Lagergemeinschaft und der Gedenkverein Flossenbürg gegründet und beginnt nun die Arbeit. Interessierte Mitglieder der Freiheitskämpfer/innen, die sich in dieser Gruppe engagieren wollen, sind aufgerufen, sich für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen: Vorsitzender des Proponentenkomitees ist Alfred Mansfeld.

Telefonnummer: 01/534 27-277 bzw. E-Mail: kaempfer@spoe.at ■



70 Jahre nach der Roma-Verfolgung



Wie jedes Jahr nahm auch diesmal am 13. November 2010 eine Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Prof. Hannes Schwantner, an der Gedenkfeier in Lackenbach teil. Wir zitieren aus der „Wiener Zeitung/online“ den unter dem Titel „Appell für Zivilcourage“ veröffentlichten Bericht: Vor 70 Jahren begann im Burgenland die Internierung der

Roma und Sinti durch das NS-Regime. In der mittelburgenländischen Gemeinde Lackenbach entstand im November 1940 ein Anhaltelager, von dem aus 2.000 Angehörige der Volksgruppe in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt deportiert und ermordet wurden. Am 23. November 1940 richteten die Nationalsozialisten in einem Gutshof in Lackenbach ein „Zigeunerlager“ ein, in dem Roma und Sinti unter unmenschlichen Bedingungen interniert

wurden. Von rund 4.000 dort Festgehaltenen erlebten nur 300 bis 400 die Befreiung durch Truppen der Roten Armee im April 1945. Das Mahnmal wurde 1984 unweit jenes Ortes errichtet, an dem sich einst das Lager befand.

Mit einer Feier am Mahnmal in Lackenbach haben Politiker und Vertreter der Kirchen am Samstag gemeinsam mit Überlebenden und Angehörigen von Opfern der Geschehnisse gedacht.

An die Teilnehmer der Veranstaltung erging dabei der Appell, die Verbrechen von damals niemals zu vergessen und Zivilcourage zu zeigen.

„Wir dürfen rassistische und antidemokratische Hetze nicht tolerieren, vor allem, wenn diese unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit versteckt wird. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen“, erklärte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ). Einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen, sei „brandgefährlich“. Ohne Zivilcourage gebe es keine Demokratie. Roma und Sinti seien ein Teil der Kultur, der die Region „zu dem macht, was sie ist“.

Man könne sich heute die Brutalität der Täter und die Leiden der Opfer kaum vorstellen. „Was wir tun können, ist, die Erinnerung an das erlittene Unrecht aufrechtzuerhalten“, erklärte Landtagspräsident Gerhard Steier (SPÖ). Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Superintendent Manfred Koch sprachen ein ökumenisches Gebet. An der Gedenkfeier nahm auch der evangelische Bischof Michael Bünker teil. ■

19. Josef-Hindels-Symposium



An die einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am 12. Februar 2011 zum Josef-Hindels-Symposium im Wiener Bildungszentrum zusammen. Wiener Bildungsvorsitzender GR Ernst Woller begrüßte die zahlreichen Mitglieder der Freiheitskämpfer/innen und der Wiener Bildung sowie die Referenten Bundesminister a. D. Erwin Lanc, Bundesrat Stefan Schennach und Dr. Fritz Klocker.

An die Podiumsdiskussion unter der Leitung von Renate Winkelbauer, bei der auch Fragen der zurzeit laufenden Wehrpflichtdebatte zur Sprache kamen, schloss sich eine engagierte Publikumsdebatte an.

Das Josef-Hindels-Symposium bleibt weiterhin ein interessantes Seminar, das jeweils am Anfang des Jahres grundsätzliche Fragen der sozialdemokratischen Bewegung und des antifaschistischen Kampfes behandelt. ■



Gedenkkundgebung Initiative Aspangbahnhof

Alljährlich am 9. November findet auf dem „Platz der Opfer der Deportation“, auf dem Gelände des ehemaligen Aspangbahnhofs in Wien Landstraße, eine Kundgebung aller antifaschistischen Organisationen Wiens statt. Bisher haben der Ehrenvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, und Bundesvorsitzender Ernst Nedwed bei diesen Veranstaltungen gesprochen.

Unser Präsidiumsmitglied DI Alfred Kohlbacher sprach als unser Vertreter, er sagte u. a.:

„Wir haben uns heute an einem Ort versammelt, um jener zehntausenden Jüdinnen und Juden zu gedenken, die zwischen 1939 und 1942 von hier, dem ehemaligen Aspangbahnhof, in die Vernichtungslager der Nazis transportiert wurden.

Wir haben uns versammelt, dass über das Schicksal dieser Mitmen-

schen nicht das Gras des Vergessens wuchert und die Erinnerung an sie, die durch das Tor zur Nazi-Hölle ohne Wiederkehr getrieben wurden, lebendig bleibt.

Der Deportation in die Vernichtungslager sind nur wenige unserer jüdischen Mitbürger entkommen. Einige konnten rechtzeitig ins Ausland, andere erhielten keine Visa oder wurden zurückgewiesen, wieder andere, insbesondere arme jüdische Familien, hatten nicht die Mittel, um die „Reichsfluchtsteuer“ und die Reisekosten zu bezahlen, wieder andere konnten, trotz der schaurigen Ereignisse während des Novemberpogroms in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938, nicht glauben, dass das Volk der „Dichter und Denker“ zur Vernichtung unschuldiger Menschen bereit sei. Die Zurückgebliebenen mussten durch das Tor zur Hölle schreiten.

Wir, die wir uns zu diesem Gedenken versammelt haben, dürfen diesen Ort nicht verlassen ohne die Verpflichtung, der anwachsenden Flut an Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass, neonazistischem Gedankengut und neonazistischen Gewaltakten energischer als bisher entgegenzutreten.

Die Geschichte lehrt uns und die Gegenwart liefert neuerlich den Beweis: Die von neoliberaler Politik und dem Finanzkapital verursachte Krise ist der Nährboden für Fremdenhass, Rassismus, Rechtsradikalismus und Neofaschismus. Die Krisenverlierer, die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten, die Arbeitslosen, jene, die fürchten müssen, in die Armut gedrängt zu werden, und jene, die das Vertrauen in die Politik und die Demokratie verloren haben, werden leicht Opfer rechtsradikaler Demagogie.“ ■

Peinlicher Austrofaschismus

In der „Presse“ vom 29. 1. 2011 erschien ein Gastkommentar des Historikers Dr. Kurt Bauer, der beklagte, dass in Österreich noch immer so heiß gestritten werde über die Epoche, bevor Hitler kam. „Vergesst endlich den Austrofaschismus!“, wünscht sich der Autor. Für Kurt Bauer ist der Faschismus-Begriff eine „unangenehme Begrifflichkeit“ in dreifacher Dimension: als legitime Bezeichnung für einen gewissen Typus von rechtsgerichteten Regimen, als eine Eigenbezeichnung, die die Heimwehrbewegung als „Austrofaschismus“ okkupierte, der aber den Christlichsozialen damit eher nicht ihren Intentionen entsprochen habe. Die Patronanz durch Mussolini lässt das freilich bezweifeln.

Sie nannten ihr Staatswesen „Ständestaat“, während die Linke vom Begriff Austrofaschismus nicht abrückte, was bis heute Emotionen wecke. Deshalb möge man in einer Versachlichung der Debatte sich von ihm trennen und sich mit der Eigenbezeichnung des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes „Ständestaat“ begnügen.

Es mag schon sein, dass „Austrofaschismus“ manchen heute peinlich ist, zumal, wie die jährliche Erinnerung der Sozialdemokraten an jedem 12. Februar an die Zerstörung der Demokratie, die Anhaltelager, die Beschießung der Gemeindebauten und die Galgen, zusammen mit der Vernichtung einer in der Welt bewunderten sozialen politischen Heimat von Hunderttausenden, nicht vergessen werden kann. „Ständestaat“ – das klingt so beschönigend und entlarvt dennoch. Wenigstens Andreas Khol raffte sich auf zu der Erklärung: „Es war eine Diktatur. Punkt.“

Manfred Scheuch

Eizenstat in Wien: Zehn Jahre Washingtoner Abkommen

Am 20. Jänner 2011 fand eine sehr interessante und von großer Publikumswirksamkeit ausgezeichnete Veranstaltung mit Botschafter Stuart E. Eizenstat im Parlament zum Thema „10 Jahre Washingtoner Abkommen“ statt: Den 10. Jahrestag des „Washingtoner Abkommens“, das Österreich mit den Vereinigten Staaten über die Entschädigung der NS-Opfer geschlossen hatte, nahm der damalige Unterhändler für die USA, Stuart E. Eizenstat, zum Anlass, Österreich und der damaligen Regierung unter Bundeskanzler

Dr. Schüssel für ihr Eintreten zugunsten der NS-Opfer und deren Hinterbliebenen zu danken. Damals wurde die Schaffung eines Entschädigungsfonds in Höhe von 210 Millionen Dollar festgesetzt, und Botschafter Eizenstat ging in seiner Rede auf die in diesem Zusammenhang von Österreich erbrachten Leistungen, die über diesen Rahmen hinaus erbracht wurden, näher ein. Dadurch ist das Bemühen Österreichs zur Linderung des erlittenen materiellen Schadens und Unrechts an den damaligen in Mitleidenschaft gezogenen

Menschen und deren Nachkommen geradezu vorbildhaft für andere Staaten im Umgang mit der NS-Zeit und deren für die Betroffenen folgeschweren Auswirkungen auf sich und ihre Familien.

„Wichtiger als das Geld ist aber die Erinnerung“ lautete die Schlussfolgerung von Botschafter Eizenstat zum Thema Restitution. Mit den Worten „Keep up the good work!“ schloss er seine unter großem Beifall des Auditoriums im Plenarsaal des Parlaments gehaltene Rede ■

Waltraude Lizen



Tirol: Fragwürdiges Lausegger-Denkmal

Der 12. März 1938 ist für Demokrat/inn/en auch in Tirol ein bitteres Datum. Die Nationalsozialisten übernahmen brutal die Macht in Österreich, leider auch mit tatkräftiger Unterstützung eines Teiles der österreichischen Bevölkerung. Die Folgen der braunen Terrorherrschaft sind bekannt und in Tirol noch immer nicht restlos beseitigt.

Das Land Tirol lässt derzeit die nationalsozialistischen Euthanasiemorde in Hall aufarbeiten. Spät, aber doch. Es sind aber immer noch genügend braune Flecken vorhanden, die einer näheren Betrachtung bedürfen – so das Denkmal einer schlagenden Burschenschaft am Innsbrucker Westfriedhof, wo unter den Begriffen von Ehre, Freiheit und Vaterland der SS-Studentenführer

Gerhard Lausegger geehrt wird. Dieser Mann hat den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde, Richard Berger, auf dem Gewissen. Es ist kein gutes Zeugnis für ein ordentliches Aufarbeiten der Zeit des Nationalsozialismus in Tirol, wenn diese Schandinschrift so bestehen bleibt.

Die Freiheitskämpfer/innen schlagen deshalb im Bereich des Denkmals eine Zusatztafel mit folgendem Text vor:

„SS-Studentenführer Gerhard Lausegger war Anführer jener Gruppe der 87. SS-Standarte, die am 10. November 1938 den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Ing. Richard Berger brutal ermordete. Dr. Gerhard Lausegger entzog sich der Gerechtigkeit 1947 durch feige Flucht nach Argentinien.“

Helmut Muigg

Befreiungsfeier Mauthausen 2011

Die Internationale Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen findet heuer am Sonntag, dem 8. Mai 2011 statt. Das diesjährige Leitthema im Jahr 2011 lautet: „Netzwerk des Terrors“.

Die sozialdemokratische Kundgebung bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek und die sozialdemokratischen Opfer in den Konzentrationslagern findet um 10 Uhr statt. Es sprechen der Vorsitzende des Landesverbandes Oberösterreichs, Peter Weidner, der Vorsitzende der Salzburger Freiheitskämpfer/innen, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. David Brenner, und der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer/innen, NR a. D. Ernst Nedwed.

Wie in den vergangenen Jahren fahren die Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen aus den einzelnen Landesverbänden mit Bussen nach Mauthausen. Die Landesverbände Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol und Wien führen Busse zu dieser Befreiungsfeier.

LV Niederösterreich: Tel. 02742/35 21 34

LV Oberösterreich: Tel.: 0732/78 30 88 oder 0664/533 88 29

LV Tirol: Tel. 0512/5366 oder 0664/530 28 59

LV Wien: Tel. 01/534 27-277 oder per E-Mail: kaempfer@spoe.at

Anmeldungen sind bis 21. April in den Landesverbänden möglich.

Befreiungs-Ehrenzeichen für Tiroler Widerstandskämpfer Hubert Mayr

In feierlichem Rahmen überreichte am 11. Februar 2011 am Abend Landeshauptmann-Stellvertreter Hannes Gschwentner eine besondere Auszeichnung: das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs posthum an Hubert Mayr (1913–1945), der sein Leben dem Widerstand gegen das Nazi-Regime geopfert hatte. Die Auszeichnung nahm ein Bruder des Widerstandskämpfers, Ing. Hans Mayr, entgegen.

„Mit diesem Festakt im Tiroler Landhaus wird ein Mann vor den Vorhang geholt, der einer der ganz großen Österreicher,

Tiroler und Sozialdemokraten war“, sagte Gschwentner in seiner Rede. „Hubert Mayr steht für sozialdemokratische Werte, die heute noch Gültigkeit haben, und für ein freies, demokratisches Österreich. Er ist somit für alle Demokrat/inn/en auch so lange Zeit nach seinem rätselhaften – vermutlich gewaltsamen – Tod ein großes Vorbild für uns.“

Hubert Mayr war Mitglied des Schutzbundes und engagierte sich im Widerstand gegen den Austrofaschismus.

1937 bis 1939 diente er bei den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Nach

seiner Internierung in Frankreich gelang ihm die Flucht nach Nordafrika. Ab 1942 war Hubert Mayr Freiwilliger bei einer britischen Sondereinheit zur Befreiung Österreichs und wurde im Herbst 1944 zu einem Einsatz nach Osttirol geschickt, wo er eine Widerstandsgruppe aufbauen sollte. Danach verliert sich seine Spur.

Diese posthume Verleihung eines Befreiungs-Ehrenzeichens ist verbunden mit einigen Neuerungen. Erstmals wurde die posthume Verleihung nicht an die direkten Nachfahren des Widerstandskämpfers, sondern an eine Seitenlinie, an seinen

Bruder, verliehen.

Außerdem hat der Bundespräsident es übernommen, in Abweichung von der bisherigen Gepflogenheit, erstmals ein Dekret für ein Befreiungs-Ehrenzeichen persönlich zu unterzeichnen. Das soll in Hinblick auch für alle weiteren Verleihungen von Befreiungs-Ehrenzeichen gelten.

Für diese Entscheidung sei Bundespräsident Heinz Fischer recht herzlich gedankt, denn bislang war das Befreiungs-Ehrenzeichen leider nicht so hochrangig eingestuft, als dass es vom Bundespräsidenten unterzeichnet worden wäre. ■



Unser Vorstandsmitglied Rudolf Gelbard geehrt



Bundeskanzler Werner Faymann überreichte Professor Gelbard (auf dem Bild mit Gattin Inge) das Silberne Ehrenzeichen der Republik

Im Bundeskanzleramt fand sich eine große Gemeinde von Freunden und Freundinnen Rudolf Gelbards ein, um an der Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich durch Bundeskanzler Werner Faymann teilzunehmen. „Rudolf Gelbard ist uns allen in seinem unermüdlichen Einsatz ein großes Vorbild. Als Zeitzeuge der NS-Verbrechen setzt er sich seit Jahrzehnten aktiv und beharrlich gegen das Vergessen ein und leistet unverzichtbare Aufklärungsarbeit“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens an Professor Rudolf Gelbard. Gelbard, geboren 1930 in Wien, hat als eines von vier Kindern die Internierung im Konzentrationslager Theresienstadt überlebt. Er war und ist laufend als Vortragender in Schulen, bei Symposien und Lehrveranstaltungen, bei den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen aktiv und er gibt sein Wissen an die nachfolgenden Generationen weiter. Die Arbeit im Bildungs- und Kulturbereich war und ist ihm ein stetes Anliegen und auch die Mitarbeit in der Israelitischen Kultusgemeinde. ■

Goldenes Ehrenzeichen für Anna Hackl – und das Buch dazu

Eine große Genugtuung bereitet das Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich, das der Schwertbergerin Anna Hackl von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreicht wurde, auch dem Mühlviertler Kleinverleger Franz Steinmaßl. Denn in dem von Walter Kohl verfassten und in Steinmaßls Verlag erschienenen Buch „Auch auf dich wartet eine Mutter. Die Familie Langthaler inmitten der ‚Mühl-

viertler Hasenjagd“ werden die dramatischen Ereignisse des Jahres 1945 exakt nacherzählt: wie die tief katholische Familie Langthaler unter Lebensgefahr zwei sowjetische Flüchtlinge bis Kriegsende versteckt und ihnen damit das Leben gerettet hat.

„Ich denke, Anna Hackl hat diese Auszeichnung mit einer doppelten Begründung erhalten: einerseits stellvertretend für ihre Familie und deren mu-

tige Leistung, andererseits für ihre unermüdliche Vortragstätigkeit, die die bald Achtzigjährige noch im ganzen Land leistet.“ Und bei einem solchen Anlass sei ihm auch der Gedanke zu dem Buch gekommen, erzählt Steinmaßl weiter: „Meine Frau, Religionslehrerin in Grünbach, hat sie zu einem Vortrag an ihre Schule eingeladen, und damals habe ich sie auch persönlich kennengelernt. Dann habe ich Walter

Kohl angerufen und gefragt, ob er aus ihrer Geschichte nicht ein Buch machen möchte.“ Und so sei der Stein ins Rollen gekommen.

Walter Kohl, Auch auf dich wartet eine Mutter. Die Familie Langthaler inmitten der „Mühlviertler Hasenjagd“

Edition Geschichte der Heimat; geb., 136 Seiten, EUR 18,50; erhältlich über den Buchhandel oder über geschichte-heimat@aon.at ■



Landeskonferenz im Burgenland

Bei der am 1. März 2011 stattgefundenen Sitzung des Landesverbandes im Kulturzentrum in Mattersburg kam es zu einem Wechsel des Vorstandes. Die langjährige Landesvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Landtagsabgeordnete a. D. Gerti Spieß, legte nach vielen erfolgreichen Jahren ihre Funktion zurück. Gerti Spieß führte zehn Jahre lang die Geschicke des Landesverbandes. Dank ihrer Agilität, Aktivität und ihres aus vollem Herzen kommenden Einsatzes hat sie sich im Kampf gegen die im Burgenland oft bagatellierte Gefahr des Rechtsradikalismus, Antisemitismus wie der noch oft bestehenden ablehnenden Haltung gegenüber der Roma-Minderheit große Meriten erworben.

Den Dank für ihre aufopfernde Arbeit in der Landes- wie in der Bundesorganisation hat ihr im Auftrag des Bundesvorstandes Jonny Moser ausgesprochen. Auch Landesrat Dr. Peter Rezar dankte im Namen der Landesregierung Gerti Spieß für ihren unermüdlichen Einsatz für die Erhaltung der Menschenrechte und ihren Kampf gegen neonazistische Tendenzen, die in weiten Teilen der Bevölkerung immer wieder Anklang finden. Landesrat Dr. Rezar wies in seiner Rede auch auf die undemokratische Handlungsweise so mancher politischer Funktionäre, aber auch Mandatäre hin. Diesen Tendenzen entgegenzutreten sei eine dringende Aufgabe der Landesregierung, aber auch aller demokratischen Organisationen. Dr. Rezar gratulierte sodann Dr.

Susanna Steiger-Moser, der neuen Vorsitzenden des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, zu ihrer neuen Funktion und wünschte ihr viel Erfolg für ihre kommenden Aufgaben. Dr. Steiger-Moser ist keine Unbekannte in Kreisen der Freiheitskämpfer/innen. Sie ist Historikerin und hat sehr eingehend die Geschichte der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus in ihrem Heimatort Pötsching behandelt. Sie hat sich verdient gemacht bei der Errichtung eines Ehrenhains zu deren Gedenken. Die Pläne der neuen Vorsitzenden, die sich vor allem dem Kampf gegen den Rechtsextremismus widmen will, sollen mithilfe eines Netzwerks erleichtert werden. In dieses Netzwerk sollen die sozialdemokratischen Frauen, der BSA, die

burgenländischen Volkshochschulen, die SJ und v. a. Gruppen verwoben werden, was ihre Aufgaben erleichtern soll. Die Veranstaltung ging mit einem Referat von A. Peham über Rechtsextremismus und dessen neue Wege zu Ende, an das sich eine rege Diskussion anschloss. Der neu gewählte Vorstand des Landesverbandes besteht aus: Vorsitzende: Drⁱⁿ Susanna Steiger-Moser, Vorsitzende-Stv.: Drⁱⁿ Christine Teuschler, BRⁱⁿ Inge Posch, Schriftführerin: Lisa Sinowatz, Schriftführerin-Stv.: Mag. Christian Frasz, Finanzreferentin: Hannelore Wallner, Finanzreferentin-Stv.: Mag.^a Alexandra Reimann, Rechnungsprüferin: Karin Lehner, Rechnungsprüferin-Stv.: Mag.^a Gabriele Tremmel. Ehrenvorsitzende: LABg. a. D. Gertrude Spieß. ■

NÖ-Landeskonferenz in St. Pölten

Nach zwölf Jahren musste unser legendärer Landesvorsitzender LABg. a. D. Karl Gruber aus gesundheitlichen Gründen seinen Vorsitz niederlegen. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ dankten Karl Gruber für seinen unermüdlichen Einsatz und wählten ihn einstimmig zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit.

Bei der Landeskonferenz am Freitag, 1. Oktober 2010, im Haus der SPÖ Niederösterreich wählten die Delegierten den St. Pöltner Nationalrat Anton Heinzl zu seinem Nachfolger. Als Stellvertreter stehen ihm NR a. D. Johann Stippel aus Wr. Neustadt, Mag. Klaus Bergmaier aus Krems, Harald Ludwig aus St. Pölten und Alfred Zach aus Schwechat zur Seite. Damit voll-

zieht sich in Niederösterreich ein Generationenwechsel – von den persönlich betroffenen Opfern der faschistischen Regime seit 1934 zur Generation der aktiven Antifaschisten. „Unsere Tätigkeit bleibt auch in Zukunft wichtig für die Demokratie. Es ist unsere erste Aufgabe, den Tendenzen von Ausländerfeindlichkeit, Radikalismus und Verhetzung deutlich

entgegenzutreten“, so NR Anton Heinzl in seiner Antrittsrede. Der Gastredner Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sepp Leitner freute sich über die gute Durchmischung bei den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern Niederösterreichs, die sowohl junge Niederösterreicher/innen als auch verdiente Mandatäre und Funktionäre der SPÖ aus dem ganzen Land erfasst. Bundesvorsitzender NR a. D. Ing. Ernst Nedwed verwies auf die gute antifaschistische Aufklärungsarbeit, die in Niederösterreich geleistet wird, und zeigte sich zuversichtlich, dass mit dem neuen Team die erfolgreiche Arbeit, für die Karl Gruber den Grundstein gelegt hat, fortgesetzt werden wird. ■
(Dieser Artikel wurde aus Platzgründen im Herbst 2010 nicht veröffentlicht, er wird somit nachgetragen.)





Käthe Sasso zum 85. Geburtstag



Käthe Sasso, unsere liebe Freundin, die wir gerne in unseren Reihen als Zeitzeugin, als Gast bei Veranstaltungen, bei Fahrten und Exkursionen begrüßen dürfen, feiert, es ist fast unglaublich, ihren 85. Geburtstag. Viele halten die aktive und sportlich wirkende und überall dabei seiende Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück für eine späte „Sechzigerin“. Antifaschistische Arbeit hält halt „jung und das ist schön“. Käthe wurde 1926 in Wien geboren, wuchs als Kleinkind bei ihrer Großmutter im Burgenland auf und erlernte dabei auch die kroatische Sprache. Ihr Vater war Sozialdemokrat und als Schutzbündler eingekerkert und er wandte sich aus Enttäuschung über den 12. Februar 1934 dem kommunistischen Widerstand zu. Käthe Sasso ist bereits als Fünfzehnjährige in der Widerstandsgruppe „Gustav Adolf Neustadt“ aktiv. Einige Mitglieder dieser Gruppe wurden später wegen „Hochverrats“ hingerichtet. Nachdem Käthe von einem Spitzel, der von der Gestapo in die Gruppe eingeschleust worden war, denunziert wurde, wird sie am 21. August 1942 inhaftiert und bis Oktober auf der „Liesl“ eingesperrt. Von dort wird sie in die Schiffamtsgasse überführt, wo sie bis 1943 bleibt. Im Jänner 1943 kommt es zur Verlegung auf das

Landesgericht I, wo sie bis zu ihrer Verhandlung am 26. April 1944, wenige Wochen nach ihrem 18. Geburtstag, über ein Jahr inhaftiert ist und auf ihre Verhandlung warten muss. Aufgrund von Käthe Sasso Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Verhaftung wird bei ihr eine Ausnahme gemacht und die Verhandlung vor dem 6. Senat abgehalten, wodurch Käthe Sasso dem Todesurteil entkommt.

Nach dem Schuldspruch wird Käthe Sasso in das Arbeitserziehungslager Oberlanzendorf gebracht. Dann wird sie auf die „Liesl“ verlegt. Von dort wird Käthe im September 1944 nach Berlin gebracht, wo sie zwei Wochen lang (gemeinsam mit im Zuge des Hitler-Attentats eingesperrten Reichstagsabgeordneten aller Parteien) inhaftiert wird. Die Gespräche mit diesen Mithäftlingen geben ihr neue Kraft. Danach wird Käthe Sasso in das KZ Ravensbrück deportiert, wo sie bis zum Todesmarsch in Richtung Bergen-Belsen am 28. April 1945 bleibt. In der ersten Nacht des Todesmarsches, nahe Wustrow, gelingt Käthe gemeinsam mit ihrer Freundin Mizzi Bosch die Flucht aus der Gruppe und anschließend die Rückkehr nach Wien.

Käthe heiratet im Jahr 1946 ihren Mann Josef Sasso, ebenfalls ein österreichischer Widerstandskämpfer, der sechs Jahre eingekerkert war. Gemeinsam ziehen sie nach Winzendorf bei Wiener Neustadt. Von ihren drei Kindern lebt noch ein Sohn, aber sie hat vier Enkelkinder und zehn Urenkelkinder.

Ihr besonderes Anliegen ist die Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofs, wo die vom „Volksgericht“ verurteilten und im Wiener Landesgericht hingerichteten Widerstandskämpfer beigesetzt sind. Neben dem großen Denkmal der Stadt Wien, das sie sehr begrüßt hat, widmet sie sich sehr der Pflege der Gräber, die nunmehr durch eine Zuwendung des Bundeskanzleramtes für die nächste Zeit ermöglicht wurde.

Wir Freiheitskämpfer/innen entbieten Käthe Sasso unsere herzlichsten und solidarisierenden Glückwünsche und hoffen, dass sie bei uns als Zeugin der Zeit noch lange mitarbeiten kann. ■

Peter Weidner

Abschied von Rudolf Karnik

Am 22. März 2011 erreichte uns die Nachricht, dass Rudolf Karnik, einer der letzten überlebenden Mitglieder der Revolutionären Sozialisten 1934–1938, der als Aktivist auch von der Dollfuß-Polizei verhaftet worden war, uns für immer verlassen hat. Vor einem Jahr feierten wir ihn anlässlich seines 95. Geburtstages, bei dem ihm auch der „Goldene Rathausmann“ überreicht wurde. Lange zuvor schon wurde er mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt.

Im „Kämpfer“-Heft 10-11-12-2009 erschien unter anderem folgende Würdigung: Ein Jahr nach dem Ende der Februarkämpfe starteten die RSJ und andere linke Gruppen Aktionen gegen das austrofaschistische Regime. Flugblätter mit den drei Pfeilen wurden verteilt oder geworfen. „Wir kommen wieder“ wurde auf die Häuser oder im Wienerwald sogar auf Felsen gemalt. Rudolf Karnik wurde mit anderen Genossen bei der Mizzi-Langer-Wand von der Polizei verhaftet. Bei der nachfolgenden Gerichtsverhandlung, bei der sie von dem bekannten jüdischen Rechtsanwalt Heinrich Steinitz verteidigt wurden, erreichte dieser, dass Karnik nur zu einem Jahr Arrest verurteilt wurde.

Nach der Machtergreifung der Nazis wurde Karnik schon am 1. 9. 1938 zur Wehrmacht eingezogen, später konnte er nach einem Lazarettaufenthalt dem Kriegsdienst entkommen. Gleich nach dem Ende des Krieges beteiligte er sich am Wiederaufbau der SPÖ-Organisationen und übernahm nach dem Tod von Gemeinderätin Hirschler die Bezirksgruppe Donaustadt der Freiheitskämpfer, in der er bis ins hohe Alter unermüdlich tätig blieb. Wir werden Rudi Karnik nicht vergessen.



1919: Frauenwahlrecht in Österreich



Die Arbeiterbewegung hatte der Habsburger-Monarchie nach Massendemonstrationen 1907 endlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichsrat abgerungen. Noch aber war dieses Wahlrecht nur zur Hälfte „allgemein“ und „gleich“. Die Hälfte der Staatsbürger war davon ausgeschlossen – nämlich die Frauen. In der sozialdemokratischen Bewegung hatten auch sie für das Wahlrecht demonstriert.

Aber noch wollte man den Frauen die Beteiligung an politischen Entscheidungen nicht zugestehen. Am 28. April 1917 stand der Sozialdemokratische Frauentag mitten im Ersten Weltkrieg unter der Devise „Frieden und Frauenwahlrecht“. Erst nach der Niederlage Österreich-Ungarns war die Zeit reif, der Forderung der Frauen gerecht zu werden. Mit der Ausrufung der Republik war endlich der Zeitpunkt gekommen, dass die

Nationalversammlung Deutschösterreichs im November 1918 auch den Frauen das allgemeine Wahlrecht und die Kandidatur weiblicher Abgeordneter zugestand. Das Ergebnis der Wahl vom 16. Februar 1919 machte die Sozialdemokraten mit 72 Mandaten zur stärksten Partei im Parlament. Das bewies, dass viele Frauen sehr wohl ihrem Mitspracherecht Nachdruck gegeben hatten. Linke Befürchtungen, dass Frauen unter

dem Einfluss der Kirche mehrheitlich konservativ wählen würden, hatten sich nicht bestätigt. Gleich sieben weibliche Abgeordnete konnte die SDAP ins Parlament schicken. Die Ausgrenzung der Frauen von politischer Mitbestimmung war beendet. Österreich hatte sie Jahrzehnte vor Großbritannien, Frankreich, Italien – und gar der nachhinkenden Schweiz – errungen.

(Bild: Demo am 19.3.2011) ■

Februar-Gedenken in Schwechat



Zum Jahrestag der Kämpfe des 12. Februar 1934 veranstaltete die Bezirksgruppe der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen für Schwechat und Bruck/Leitha mit der SPÖ-Bezirksorganisation Schwechat ihre traditionelle Gedenkveranstaltung auf dem Schwechater Waldfriedhof.

Beim Denkmal gegen Krieg und Faschismus hatten sich zahlreiche Teilnehmer aus der Sozialdemokratie, FSG-Gewerkschafter, SPÖ-Frauen, Pensionisten, Sozialistische Jugend, Junge Generation und befreundete Organisationen eingefunden.

Landtagsabgeordneter Gerhard Razborcan brachte zur Begrüßung die Wichtigkeit des Februar-Gedenkens und die Notwendigkeit, Erfahrungen aus dieser Zeit nicht zu vergessen, zum Ausdruck. Man müsse dem Extremismus auch heute noch frühzeitig entgegentreten. Er wies aus aktuellem Anlass auf die Intervention der EU um Pressefreiheit in Ungarn – aus Sorge um Grundrechte – hin. Freiheitskämpfer-Vorsitzender Alfred Zach sah in den Ereignissen einen aktuellen Auftrag zu Interessenausgleich und Solidarität. Unter dem Dollfuß-

Regime des Jahres 1934 haben mutige Menschen dem Unrechtsstaat die Stirn geboten. Sie kämpften für ihren Platz in der Gesellschaft. Die Tragödie „1934“ wirkt auch in der Gegenwart auf unser Bewusstsein ein.

Hauptredner ÖGB-Präsident Erich Foglar sprach von der „größten Niederlage der Sozialdemokratie“ und dass auf einem Nährboden von Gewalt und Faschismus die Demokratie letztendlich untergeht. In der Gewerkschaft sieht Foglar heute alle gesellschaftlichen Richtungen vereint. ■



Michael Ludwig zum 50. Geburtstag

Einer von uns begeht in diesen Tagen seinen fünfzigsten Geburtstag, und das alles ohne Pomp und Trara: unser Freund und Vorstandsmitglied Michael Ludwig. Er feiert bescheiden im Kreise jener, mit denen er – man kann es schon sagen – jahrzehntelang in unserer Bewegung zusammenarbeitet.

Michael Ludwig, Spitzenmandatar der SPÖ Wien, Wohnbaustadtrat, Vorsitzender in der großen Bezirksorganisation Floridsdorf, langjähriger Volksbildner und vor allem Bildungsfunktionär in der SPÖ Wien, ein Funktionär sowohl der Basis als auch der Führungsebene.

Ich freue mich, dass ich zu jenen gehöre, die ihn damals in den 80er Jahren als Literaturreferenten kennen und schätzen gelernt haben. Er startete in Floridsdorf und leistete echte Kultur- und Bildungsarbeit an der Basis. Ernst Woller und mir ist es damals gelungen, ihn von der Volkshochschuldirektion in das Sekretariat der Wiener Bildung zu bringen, und ich denke gerne an die Jahre zurück, da ich

als Wiener Bildungsvorsitzender mit Michael zusammengearbeitet habe.

Seine Methodik, seine Aktivitäten als Leiter der Parteischule brachten einen weiteren Modernisierungsschub für die sozialdemokratische Bildungsarbeit, die zu einem Kernstück der Wiener SPÖ geworden ist. Ich freue mich besonders darüber, dass Michael Ludwig, ein Antifaschist von seinen politischen Anfängen an, auch mit aller Kraft den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer unterstützte und ihm viele Ressourcen der Bildungsarbeit zur Verfügung stellte. Zum Beispiel wurde 1993 ein gemeinsames Projekt, das „Hindels-Symposium“, gestartet, das heute schon zum neunzehnten Mal abgehalten wurde. Wir konnten ihn auch für den Freiheitskämpfer-Vorstand gewinnen, in dem Ludwig heute weiterhin mit großem Interesse mitwirkt.

Über diese innerparteilichen Funktionen hinaus knüpfte Michael Ludwig ein Netzwerk von Verbindungen in viele Bereiche der NGOs, in Kultur-,

Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen und das geht weit über den Bereich der sozialdemokratischen Community hinaus. Was aber besonders bei Michael Ludwig im Mittelpunkt steht: Seine Kontaktfreudigkeit, seine Hilfsbereitschaft, seine Freundlichkeit und seine Zuwendung zu den Menschen, das macht ihn nicht nur zu einem effektiven, sondern auch zu einem allgemein beliebten Politiker.

Trotz der vielen Aufgaben, die Michael Ludwig schon bisher übernommen hat, wurde er im Sommer des vergangenen Jahres über einhelligen Wunsch der Bildungsfunktionäre aller Bundesländer zum Vorsitzenden des Bundesbildungsausschusses gewählt, was zur Hoffnung berechtigt, dass sich sein bisher bekannter Arbeitsstil auch hier auf diesem wichtigen Sektor der Politik durchsetzt.



So können wir vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen Michael Ludwig zu seinem „Halben-Jahrhundert-Geburtstag“ nur wünschen, dass er mit diesem Elan und mit seinen Ideen weiterhin mithilft, die sozialdemokratische Bewegung vorwärtszubringen. Wichtig ab fünfzig sind dabei Gesundheit, Fitness und Freude im Leben. ■

Ernst Nedwed

Wir gratulieren

Zum 95. Geburtstag: Josefine Draxler, Hallein; Maria Hladej, Elly Weber, Wien. **94. Geburtstag:** Otto Libal, Linz. **93. Geburtstag:** René Spacek, Wien. **92. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Fritz Probst, Maria Ristic, Wien; Lona Murowatz, Wiener Neustadt. **91. Geburtstag:** Max Leitner, Asperhofen; Anna Sehorsch, Mödling; Karl Steinocher, Salzburg; Eleonore Dietl, Hugo Pepper, Wien. **90. Geburtstag:** Kurt Stättner, Hinterbrühl; Anneliese Albrecht, Johann Bauer, BM a. D. Josef Staribacher, Wien. **85. Geburtstag:** Rosina Schmitt, Linz; Friedrich Panny, Mödling; Elfriede Lirsch, Schwarza; Elisabeth Elsensohn, Ernestine Janosch, Franz Schneider, Rudolf Wittmann, Wien; Katharina Sasso, Winzendorf. **80. Geburtstag:** Willy Birnbauer, Bromberg; Otto Kynast, Korneuburg; Felix Rigler, Neunkirchen; Rudolf Moser, Pötsching; Friedrich Schöggel, St. Pölten; Gertrud Schwaiger, Scheibbs; Walter Haas, Schrems; Franz Schmidberger, Schwechat; Franz Knapp, Erich Sablik, Steyr; Alfred Zupancic, Tullnerbach; Rudolf Bauer, Kurt Gorski, Kurt Landsmann, Josef Pucher, Wilhelm Schinko, Angela Stockner, Wien. **75. Geburtstag:** Veronika Pitschedell, Innsbruck; Gerhard Weiser, Leopoldsdorf; Paula Lengauer, Ulrike Pühringer, Linz; Walter Perchtold, Seiz (Kammern); Hedwig Huf, Heinz Jerabek, Fritz Krammer, Eva Puffler, Anna Seckner, Wien.



Jonny Moser – 85 Jahre



Prof. Dr. Jonny Moser feierte am 10. Dezember 2010 seinen 85. Geburtstag. Da er im De-

zember erkrankt war, gratulierten die Freiheitskämpfer/innen ihrem Vorstandsmitglied bei ei-

ner Wiener Sitzung Ende Jänner 2011. Jonny Moser ist für den Bund ein wichtiger Zeitzeuge, Historiker und Journalist, der nicht nur in seiner Bezirksgruppe Innere Stadt und im Bundesvorstand, sondern weit über die Grenzen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hinaus eine bedeutende Aufklärungs- und Bildungsarbeit leistet. Bundesvorsitzender Ernst Nedwed, die stellvertretende Vorsitzende Herta Slabina und der Wiener Landesvorsitzende Hannes Schwantner gratulierten dem aktiven Mitkämpfer zu seinem Geburtstag.

Das DÖW würdigte Jonny Moser in seinem Informationsblatt mit folgenden Zeilen:

„Als im April 1938 die Nationalsozialisten die jüdische Bevölkerung aus dem burgenländischen Parndorf nach Ungarn abschoben, begann auch die rund siebenjährige Flucht des damals 13-jährigen Jonny Moser mit seiner Familie – zunächst nach Wien, später nach Budapest. Nach der überraschenden Entlassung aus einem Internierungslager im Sommer 1944

lernte Jonny Moser den schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg kennen. Letzterer konnte ab August 1944 tausende Juden und Jüdinnen – sowohl ungarische als auch nach Ungarn geflohene wie Jonny Moser und seine Familie – vor Erschießung und Deportation retten, indem er ihnen schwedische Schutzpässe ausstellte bzw. mehr als 15.000 Personen in 31 „Schutzhäusern“ unterbrachte und verpflegte. Als Mitarbeiter Wallenbergs überlebte Jonny Moser die Shoah in Ungarn.

Nach Kriegsende kehrte die Familie nach Österreich zurück. Jonny Moser begann das Studium der Geschichte an der Universität Wien, seine Dissertation widmete er dem damals noch tabuisierten Thema Antisemitismus in Österreich. Nach zahlreichen Publikationen zur NS-Judenverfolgung veröffentlichte er 2006 seine Erinnerungen unter dem Titel ‚Wallenbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938–1945‘, die von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer im Parlament vorgestellt wurden.“ ■

Solidaritätsfonds neu dotiert

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten hat im Jahr 2003 von der Betriebsfraktion der Sozialistischen Gewerkschafter in der Wiener Städtischen Versicherung den sogenannten Hans-Appel-Solidaritätsfonds in seine Betreuung übernommen.

Der durch eine namhafte Spende des ehemaligen Jugendfunktionärs der SAJ, Hans Appel, entstandene Fonds diente ursprünglich der Betreuung von Opfern des 15. Juli 1927.

Der Bundesvorstand hat nunmehr durch eine zusätzliche Dotierung des Fonds einen allgemeinen Solidaritätsfonds unseres Bundes errichtet.

In Fortführung der Grundsätze, die schon in den Fonds-Statuten der FSG der Städtischen aufgestellt wurden, hat der Bundesvorstand Richtlinien beschlossen und ein Kuratorium bestellt, das die Fondsgestionierung durchzuführen hat. Weitere Grundsätze sind die unbedingte Anlage des Fondsvermögens nicht in Aktien, sondern nur in festverzins-

lichen Wertpapieren sowie die jährliche Ausschüttung nur der Erträge, sodass das Stammkapital nicht geschmälert wird. Die Erträge sind zu verwenden zur Unterstützung von

- Opfern politischer Verfolgung und Unterdrückung, einschließlich toleranter und humanitär gesinnter Personen,
- Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit,
- Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Für die Vergabe von Förderungen hat der Bundesvorstand ein Kuratorium bestellt, bestehend aus folgenden Personen: Herbert Berger, Ludwig Dvorak, Ernst Frühauf, Kurt Heinrich, Peter Ulrich Lehner, Ernst Nedwed (Vorsitzender) und Herta Slabina. Es entscheidet über die Veranlagung eingezahlter Spenden und die Verteilung der Erträge. Einzahlungen an den Fonds können auf das Konto bei der Bank Austria, BLZ 12000, Konto Nr. 00520 320 912, Kennwort: „Solidaritätsfonds“ vorgenommen werden. ■



Das Geheimarchiv im Ghetto

Was wir nicht in die Welt hinausrufen und -schreien konnten, haben wir im Boden vergraben ... Nur zu gerne würde ich den Augenblick erleben, in dem der große Schatz ausgegraben wird und der Welt die Wahrheit ins Gesicht schreit. Damit die Welt alles erfährt. Damit diejenigen, die es nicht überleben, getröstet sein können ... Aber wir werden das gewiss nicht erleben, deshalb schreibe ich meinen Letzten Willen nieder. Möge dieser Schatz in gute Hände fallen, möge er bis in bessere Zeiten überdauern, möge er die Welt alarmieren und auf das aufmerksam machen, was geschehen ist ... im 20. Jahrhundert ... Wir können jetzt in Frieden sterben. Wir haben unseren Auftrag erfüllt. Möge die Geschichte für uns zeugen.“

Diese Worte hat David Graber niedergeschrieben, einer, der mit tausenden anderen in das von den deutschen Besatzern errichtete Warschauer Ghetto gepfercht wurde und dort zwei Jahre lang das ganze Elend, die Gewalt, das furchtbare Sterben, vor allem den Tod massenhaft unter den Kindern, als Mit-Leidender erleben musste, bis auch er in der „Großen Aussiedlung“ 1943 in das Vernichtungslager Treblinka deportiert wurde.

Der Mann, durch den diese Botschaften und Augenzeugenberichte aus dem Ghetto an die Nachwelt gelangten, war der Historiker Emanuel Ringelblum, der 1940 bei der Errichtung des Ghettos die damals unvorstellbare „Endlösung“ nicht ahnen konnte und dem es um die Erhaltung des polnischen Judentums mitsamt der jiddischen Sprache für die Zeit nach dem Krieg ging. Er suchte im Ghetto Menschen, die bereit waren, über die Schicksale im Ghetto Aufzeichnungen zu machen, und gab dafür auch Fragebögen aus, was nur in ständiger Geheimhaltung

möglich war. Für die zahlreichen Berichte, die das Archiv füllten, musste die schwierige Aufgabe, sie der Nachwelt überliefern zu können, in aller Heimlichkeit durchgeführt werden. Die vielen Zeugnisse wurden nach und nach in Aluminiumkisten und Milchkannen aufbewahrt und an mehreren von Trümmern bedeckten Gebäuden im Ghetto vergraben.

Die Aufzeichnungen der Beiträge zu „Oyneg Shabes“ geben ein vielfältiges und meist erschütterndes Bild über das Leben und Sterben im Warschauer Ghetto. Bezeichnend ist, dass das Jahr 1940 bei vielen – trotz des Schocks der Vertreibung aus ihren Wohnsitzen und Verbannung hinter die Ghetto Mauern – als glückliche Zeit galt.

Als Hitler im Juni 1941 die Wehrmacht in die Sowjetunion einfallen ließ, hofften viele Juden in Polen auf einen russischen Sieg über die Deutschen. Aber es schien auch vielen anderen, dass eine sowjetische Besatzung Glück und Unglück zugleich sei. Juden hatten bereits nach der Übernahme des östlichen Polens 1939 Erfahrungen mit dem Sowjetsystem gemacht, waren doch diese Gebiete, von Lemberg im Süden über Weißrussland bis Wilna, von großen jüdischen Minderheiten bewohnt. „Rassische“ Verfolgung gab es zwar nicht, für Junge gab es sogar, was ihnen von den Nazis verboten worden war, erwünschte Bildungschancen. Andererseits zerstörte der verordnete kommunistische Atheismus viele Fundamente des jüdischen religiösen Lebens und der hebräisch geprägten zionistischen Kultur. Viele politische Köpfe, Akademiker und gutsituierte Mittelständler wurden deportiert. Das von Stalin erdachte „Jüdische autonome Gebiet Birobidschan“ in Südsibirien schien wohl keineswegs Ersatz für den zionistischen Traum von Palästina.

Ende Mai 1942 lagen in Großbritannien die ersten beiden von „Oyneg Shabes“ übermittelten Berichte vor. Anfang Juni meldete die BBC, dass die Deutschen 700.000 polnische Juden ermordet hätten. Ringelblum schrieb dazu in seinem Tagebuch:

„Freitag, der 26. Juni, war ein großer Tag für Oyneg Shabes. Heute im Morgengrauen hörten wir eine britische Radiosendung über die polnischen Juden. Darin wurde alles erwähnt, worüber wir so viel wissen: Slonim und Wilna, Lemberg und Chelmno. Monatlang haben wir gelitten, weil wir glaubten, der Welt sei unsere Tragödie gleichgültig, die beispiellos in der Geschichte der Menschheit ist ... Ich weiß nicht, wer aus unserer Gruppe am Leben bleiben wird ... Eines jedoch ist uns allen klar: Unsere Mühen und Anstrengungen waren nicht vergeblich.“

Die von den Besatzern angekündigte „Große Aussiedlung“ nahm dennoch ihren unerbittlichen Lauf. Die Deportationen in das Vernichtungslager Treblinka gingen Tag für Tag weiter. Einzelne, denen die Flucht gelungen war, entlarvten die Beruhigungserklärungen des Judenrates über „grundlose Gerüchte“. In Treblinka begann die Massenvernichtung. Zu den wenigen, die überlebten, gehörten übrigens Marcel Reich-Ranicki und seine Frau Teofila, denen es gelang, aus der Kolonne, die zu den Zügen ging, davonzulaufen.

Im Ghetto wurde inzwischen insgeheim der bewaffnete Widerstand vorbereitet. Für die Deutschen war, dass Juden sich wehren könnten, eine diesen nicht zugetraute Überraschung. Als die SS auf Himmlers Befehl neue „Aussiedlungskolonnen“ von 8.000 Juden zusammenzustellen versuchte, wurden die völlig überraschten Deutschen am 18. Jänner 1943 von jüdischen Kämpfern angegriffen. Das war

aber erst ein Vorspiel. Der heroische Ghettoaufstand brach erst am 19. April 1943 mit voller Kraft aus. Ringelblum gelang noch einmal der Besuch der „arischen Seite“. Von Freunden bekam er Papiere auf den polnischen Namen Pan Rydzewski. Zu der über das Morden hinausgehenden „Endlösung“ der Deutschen schrieb er: „Die Geschichte kennt kein anderes Beispiel dafür, dass ein Feind so entschlossen war, jede Spur der Besiegten auszulöschen.“

Inzwischen wurde die Niederschlagung des heroischen Aufstands der Verzweiflung von den SS-Truppen und ihren „Hilfswilligen“ mit aller Brutalität durchgeführt. Durch Verrat wurde der „Bunker“ des Bauern, der 38 Juden versteckte, entdeckt und durchsucht. Ringelblum wurde mit seiner Frau und seinem kleinen Sohn wie die anderen Insassen erschossen.

Von den Mitarbeitern Ringelblums am Archiv überlebten nur drei: Hersch Wasser und dessen Frau Bluma sowie Rachel Auerbach. Mit ihrer Hilfe gelang es, einen großen Teil der unter Trümmern vergrabenen Beiträge des Ringelblum-Archivs aufzufinden.

Der Historiker Samuel D. Kassow hat in achtjähriger akribischer Arbeit in dem 750 Seiten umfassenden Buch „Ringelblums Vermächtnis“ (Rowohlt Verlag) die Entstehung des durch die Initiative des polnisch-jiddischen Historikers Emanuel Ringelblum entstandenen Archivs und die von seinen Mitarbeitern sowie von Menschen im Ghetto gesammelten Beiträge in vielen Beispielen festgehalten. Sein Buch wurde so ein Standardwerk für die Demütigung, die Leiden und die Ermordung der polnischen Juden und der von den Nazis zumindest versuchten Auslöschung der jüdischen Kultur. ■

Manfred Scheuch

Petritschs Kreisky-Biografie – ein Standardwerk

Wolfgang Petritsch, heute Diplomat und Balkanspezialist, war von 1977 bis 1983 Sekretär von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Dieses Nahverhältnis gab ihm nicht nur Einblicke in Kreiskys Politik, sondern ermöglichte auch, die Person des bedeutendsten österreichischen Staatsmannes der Zweiten Republik in vielen Facetten kennenzulernen. Diese Erfahrungen bewogen ihn, eine umfangreiche Biografie zu verfassen. Zahlreiche Gespräche und Interviews mit Kreiskys Weggefährten, Freunden und Zeitzeugen erlaubten dem Autor, ein vielschichtiges Bild der Politik und der Erfolge, aber auch mancher Fehlschläge, wie auch der Einstellung der Menschen im Land zu zeichnen. Dazu die Präsenz und das Wirken des Kanzlers in der internationalen Politik, das Österreich eine zuvor kaum vorhandene Beachtung eintrug. Petritsch beginnt seine Darstellung dieses Lebens mit den Anfängen, die über die Kindheit zurück zu den Vorfahren reicht, was weit zurück in Geschichte

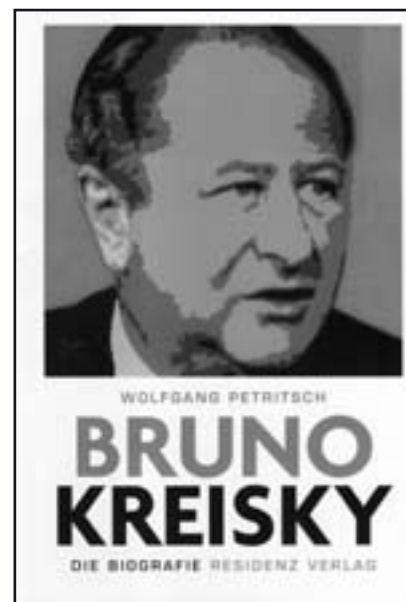
und Geografie der Habsburgermonarchie führt, die ihren jüdischen Untertanen gute Chancen zu Einstand und Aufstieg in eine gutbürgerliche Welt gab. Als die kleine Republik – „der Rest ist Österreich“ – die politischen Verhältnisse massiv veränderte, entschied sich der junge Kreisky, von der sozialistischen Idee fasziniert, zur aktiven Mitarbeit in der roten Jugendbewegung: Seine Verehrung galt insbesondere Otto Bauer, der den Studenten den Rat zum Jusstudium als besten Dienst für die Partei gab.

Um diesen Weg Kreiskys zu zeichnen, muss Wolfgang Petritsch auch die Geschichte der Ersten Republik darstellen, die den Arbeitern und der Jugend in der Hoffnung auf einen Sieg des Sozialismus eine neue Zeit versprach, wie sie in der Politik des „Roten Wien“ schon ihre Zeichen setzte. Die Gegenströmung der Konservativen, die die Demokratie zerstörten und bald auf faschistischen Pfaden wandelten, wurde zur großen Tragödie der Republik und der Eigenständigkeit Österreichs.

Kreisky lernte wie viele andere die Gerichte und Gefängnisse des „Ständestaates“ kennen, und als dieser unterging, brachte erst die Flucht ins schwedische Exil Sicherheit. Übrigens: Die Verehrung für Otto Bauer ging bei Kreisky nicht so weit, dass er dessen großdeutschen Illusionen folgte, sondern dass er für das Wiedererstehen eines unabhängigen Österreich eintrat.

Mit der Heimkehr begann dort auch Kreiskys staatspolitischer Werdegang – Staatssekretär, Außenminister und schließlich mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der SPÖ führte der Weg zum Bundeskanzler. All dies wird vom Autor in vielen hochinteressanten Details dargestellt. Damit begann die Zeit der großen Reformen, mit denen Kreisky zeigte, dass es für ihn keine Phrase war, dass der „Mensch im Mittelpunkt“ seiner Politik stand.

Dass Petritsch auch auf die Problematik von Kreiskys Auseinandersetzung mit Wiesenthal und später mit Hannes Androsch eingeht, um manches klarzustellen, ist verdienstvoll. In der Fülle des Materials, das Petritsch in seiner Biografie zusammentrug, bleibt für den Leser die Wahl, alles zu lesen und sich ausführlich damit zu befassen, ein sicherer Gewinn. ■



Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Klaus Bergmaier, Petra Dopfermann, Annemarie Hopfgartner, Vinzenz Jobst, Alfred Kohlbacher, Waltraude Lizen, Harald Ludwig, Johann Maier, Jonny Moser, Helmut Muigg, Ernst Nedwed, Manfred Scheuch, Dieter Strobel, Peter Weidner, Alfred Zach, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Lukas Linecker. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. März 2011. Nächstes Heft: Juni 2011.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien; Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M